

# Elbinger Anzeigen.

## (Elbinger Zeitung.)

Wöchentlich 2 Nummern:  
Mittwoch und Sonnabends.

Preis pro Quartal in Elbing 10 Sgr.  
durch die Post 12½ Sgr.

Expedition: Spieringstraße No. 32.

Mittwoch,

No. 95.

19. November 1862

### Marktberichte.

Elbing. Das Wetter ist in den letzten Tagen sehr rau und kalt geworden, leider aber dabei noch immer trocken geblieben, was die Besorgnisse wegen der Wintersaaten steigert. Die kleinen Gewässer waren am Sonntag bereits mit Eis belegt, am Montag auch schon der Elbingfluß. Von Getreide kamen recht starke Zufuhren, fanden aber einen flauen Markt mit fallenden Preisen. Bezahlt und zu notiren: Weizen, bunter und hochbunter, 125. — 135. pfd., 70 — 85 Sgr., abfallende Sorten 60 — 68 Sgr. Roggen 48 — 54 Sgr. Gerste, große 34 — 43 Sgr., kleine 32 — 38 Sgr. Hafer 20 — 25 Sgr. Erbsen, weiße 44 — 52 Sgr., graue 46 — 54 Sgr. — Spiritus 15½ Thlr.

Danzig. Bei den fortwährend flauen Berichten vom Auslande gingen die Getreidepreise auf hiesigem Markte ferner zurück und fand sich dazu einige Spekulation, so daß in letzter Woche über 1000 Last Weizen umgesetzt wurden. Bahnpreise bei starker Zufuhr: Weizen 76 — 90, Roggen 48 — 54, Gerste 38 — 47, Hafer 24 — 28, Erbsen 48 — 54 Sgr. — Spiritus 15½ Thaler.

Königsberg. Unsere Kornbörsen war während der ganzen Woche flau und matt und Preise meist weichend. Marktpreise bei mittelmäßiger Zufuhr: Weizen 70 — 90, Roggen 50 — 58, Gerste 32 — 42, Hafer 25 — 31, Erbsen, weiße 50 — 58, graue 55 — 62 Sgr. — Spiritus 15½ Thlr.

### Der Konflikt.

Man spricht jetzt von Versuchen zur Verständigung zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus über die Fragen, welche den obwaltenden Konflikt hervorgerufen haben sollen. Stände die Sache so: dann möchten derartige Versuche von Erfolg sein können. Wie aber wenn diese Fragen nur der Vorwand zu dem herbeigeführten Konflikt sind; wenn nicht die Erledigung dieser einzelnen Fragen, sondern der Konflikt selbst Zweck und Ziel ist? Man betrachte den Gang der Sache! Die Vorwände haben gewechselt; der Konflikt hat sich immer tiefer in unser politisches Leben hineingewirkt. Sie haben gewechselt, sie haben mit dem Wachsathum des Streites eine ernstere, unfähigere Gestalt angenommen: ist da von ihrer Beseitigung eine Heilung des Konfliktes selbst zu erhoffen? — Im März d. J. war die weitere Spezialisierung der Etats der äußere Anlaß des Zusammenstoßes von Regierung und Abgeordnetenhaus. Vier Wochen später lachte Jeder über solch' eine Kleinigkeit, und obwohl die Hagen'sche Forderung bewilligt wurde, entwickelte sich der Kampf heftiger als je. Nun kamen die Armee-Organisation, die Kosten für das verstärkte Heer und die zweijährige Dienstszeit an die Reihe. Hinter sie versteckte sich der Widerstand gegen die königliche Ordnung, welche der Pfeiler des preussischen Staates ist. Wir halten die Nachricht für begründet, daß das Ministerium in der nächsten Session des Landtages mit einem Gesegentwurf über die neue Heereseinrichtung hervortreten wird. Wir hegen aber eben so wenig einen Zweifel, daß der Fortschritt ein Mittel finden wird, um diese Maßregel der Regierung als eine verspätete, unzureichende, den Zwiespalt steigende zu behandeln. Den Vorwand hierzu wird das Budget des Jahres 1862 liefern, das ganze Budget, — nicht mehr, wie in den vergangenen Monaten, der Theil des Budgets, welcher von den Ausgaben für die Armee handelt. Das ganze Budget soll es sein; man wird damit beginnen, daß man alle im Jahre 1862 gemachten Staatsausgaben für ungesetzlich erklärt, und man wird damit schließen, daß man sich weigert, das Budget von 1863 in Berathung zu ziehen. Mit anderen Worten: man wird für 1863 Alles verweigern. — Auch diese unbedingte Geldverweigerung wird nur ein Kleid sein, in welches sich der wirkliche Konflikt hüllt; deshalb würde es auch nichts nützen, wenn die Regierung die Fehler, welche die Kammer im Jahre 1862 gemacht hat und in Folge deren kein Budgetgesetz zu Stande kam, durch die Beantwagung einer Indemnität auf ihre Schulter nähme.

Eine solche Nachgiebigkeit würde von dem Fortschritte benutzt werden, um endlich den Schleier fallen zu lassen, und mit Beiseitesetzung aller Vorwände die einzige große Frage, um die es sich handelt, den offenen Kampf zwischen Königthum und Parlament, auf die Tagesordnung zu setzen. — Darum hat es sich von Anfang an gehandelt; das ist der Kern des Konfliktes. P. B.

### Preußen.

Berlin. Das Königl. Hoflager ist am 16. von Potsdam nach Berlin verlegt worden. — Auch in den letzten Tagen empfangen Se. Majestät der König täglich zahlreiche Deputationen mit Ergebniss-Adressen, die noch immer in großer Zahl hier eintreffen. — Der König arbeitet sehr viel und anstrengend.

(B. M. Z.) Nach der nunmehr erfolgten Rückkehr des Herrn v. Roon werden die Gesamt-Berathungen des Ministeriums beginnen. Man wird sich zunächst mit der Indemnitätsbill beschäftigen, deren Einbringung beschlossene Sache sein soll. (?) Die Vorarbeiten zu den Budgets sind in den Ministerien gleichfalls so weit gediehen, um dem Ministerium als Anhalt zu Dispositionen über das auf diesem Gebiete einzubringende Material zu dienen. Es werden die Etats von 1863 und 1864 vorgelegt werden. Thatsächlich ist, wo es irgendwie dem Ministerium thunlich erschien, auf die Wünsche und Anträge des Abgeordnetenhauses Rücksicht genommen und auch eine größere Spezialisierung als bisher angebracht worden. — Von Seiten hiesiger Wahlmänner ist in Anregung gebracht worden, das Abgeordnetenhaus zu einer Adresse an Se. Maj. den König aufzufordern, in welcher feierliche Verwahrung ausgesprochen werde, daß das Haus je die ihm verfassungsmäßig verbürgten Rechte überschritten, einen Eingriff in die Rechte dritter oder gar in die der Krone gemacht habe. (Nun, eine solche Adresse wäre denn so ziemlich das Nonplusultra einer Dreistigkeit, für welche das parlamentarische Lexikon eines Ausdrucks ermangelt.) — Zur Feier des 3. Februar 1863, an welchem Tage vor 50 Jahren König Friedrich Wilhelm III. den begeisterten Ausruf an Sein Volk erließ, werden von vielen Seiten schon jetzt Vorbereitungen getroffen. — Das erste Panzer-Dampfschiff, welches die Königl. Marine bauen wird, soll den Namen „Berlin“ führen, aus Rücksicht auf die aus städtischer Kasse für die königliche Flotte dargebrachten 85,000 Thlr.

Aus der Grafschaft Ravensberg ist dieser Tage an den Kriegsminister v. Roon ein echt provinzielles Geschenk erfolgt: ein riesiger Pumpnickel mit der dazu gehörigen Butter, dem geeigneten Messer und einem hölzernen Brotsteller mit der Aufschrift: „Müser täglich Brod gib uns heute.“ Dazu ein kolossaler Schinken mit gleichfalls entsprechendem Messer, ein Stück feines Leinen aus reinem Handgespinnst und eine Damast-Serviette. Das Ganze ist mit einer Decke bedeckt, auf welcher sich das eiserne Kreuz und ein Bibelspruch befindet. Dieses Geschenk ist von einer Adresse begleitet, in welcher die Absender nochmals dem Herrn Minister ihren Dank für seinen mannhaften und treuen Kampf für das große Werk ihres königlichen Herrn, die neue Armee-Organisation, aussprechen.

Der „B. M. Z.“ wird versichert, daß an entscheidender Stelle bereits beschlossen worden, den Abgeordneten, welche in ihrer amtlichen Stellung während der Dauer der Landtags-Session anderweit vertreten werden müssen, die Kosten dieser Vertretung im Verwaltungswege aufzuerlegen, und daß noch vor Eröffnung der nächsten Session eine Publikation in diesem Sinne zu erwarten sei.

Der Demokratie wird gegenüber der steigenden Fluth der Loyalitäts-Adressen offenbar

sehr bange, und die demokratischen Bl. zanken sich schon unter einander, was dagegen zu thun sei. Die „Volkszeitung“ will durchaus Gegenadressen, damit die Krone in ihrer Stellung über den Parteien gewahrt und vom Kampfe ausgeschlossen werde. Ei, wie fein ausgedacht! Nur Schade, die Krone weiß sehr wohl, daß der Kampf der Parteien eben um ihre Stellung im Staate geführt wird. — Unmittelbar nach ihrem diesfälligen Leitartikel, gleichsam als Illustration zu demselben, erzählt die „Volksztg.“: die Redakteure der Kreisblätter in Hagen und Schwelm hätten, auf die diesfällige Aufforderung der betr. Landrathsämter, die Aufnahme der Antworten, welche Se. Majestät der König den Loyalitäts-Deputationen ertheilt hat, verweigert; manche Abonnenten des „Hagener Kreisblattes“ hätten auch, „um dem vorzubeugen, wie im Frühjahr nach der Kammerauflösung, mit dem Kreisblatt amtlich beigelegten Beilagen aus der geh. Oberhofbuchdruckerei in Berlin bedacht zu werden“, — der Redaktion desselben schriftlich angezeigt, „mit der event. Zusendung solcher Beigaben verschont bleiben zu wollen“; worauf die „Volksztg.“ hinzusetzt: „Solches Verfahren möchte sich allgemein empfehlen.“ — Nun, was sagt man zu dieser Art „der Krone ihre Stellung über den Parteien zu wahren“? — Dieselbe Zeitung veröffentlicht denn auch mit sichtlichem Behagen Erklärungen von einigen Menschen, welche, da sie die von ihnen mitunterschiedenen Ergebniss-Adressen nicht verstanden oder gelesen hätten, ihre Unterschriften zurücknehmen. Es haben sich wirklich zu dergleichen Erklärungen bis jetzt fast zwei Duzend Menschen hergegeben.

Am 13. wurde von dem Berliner Stadtgericht der Redacteur der „Tribüne“ Hübner wegen Majestäts-Beleidigung zu einem Jahre Festung; der Redacteur der „Preussischen Jahrbücher“ Professor Hahn zu 20 Thln. Geldstrafe verurtheilt.

Die hiesige „Spener'sche Zeitung“ ist, wahrscheinlich wegen Abonnenten-Mangels, nun auch zur Demokratie übergegangen und bekümmert in ihrer neuen Wandelung mit „Absehung des Herrenhauses.“ Der alte Dinkel ist schwach; das zieht nicht mehr.

Der „Publizist“ verlangt, daß die Disposition über den „Nationalfonds“ dem Abgeordnetenhaus zuertheilt werden müßte. Da hätte ja also diese „gesegnete“ Körperschaft die Mittel zur Exekutive. Wie aber, wenn wieder einmal ein „reactionaires“ Abgeordnetenhaus herankäme? — Die „National-Zeitung“ schlägt vor, mit dem „Nationalfonds“ der demokratischen „kleinen Provinzial-Presse“ unter die Arme zu greifen. Andere Blätter machen andere Vorschläge: die Leute wissen also offenbar nicht, was sie mit dem Gelbe anfangen sollen — bei dem ungeheuren Steuerdruck!!

Aus Köln berichtet die „N. A. Z.“: Für den Fall, daß Herr v. Bockum-Dolffs (welcher Protestant ist und gegen den sich die Klerikalen erklärt haben) die Wahl zum hiesigen Bürgermeister nicht annimmt, will man, wie gerüchtweise erzählt wird, Herrn v. Forkenbeck in Elbing (welcher Katholik ist) auf die Kandidatenliste setzen.

Bei der gegenwärtigen Abschätzung für die Einkommen-Steuer hat die dazu eingesetzte Commission den Besitzer des Malzertrakt-Gehobheitsbieres, Herrn Hoff (Neue Wilhelmsstraße No. 1.), in die höchste Steuerstufe, nämlich in die 30., gesetzt. Bis jetzt ist derselbe der Einzige, welcher zu dieser Steuerstufe hier gehört. Man hat ihm nämlich nachgerechnet, daß Herrn Hoff von seinem Betriebsgeschäft jährlich wenigstens ein Netto-Ertrag von über 200,000 Thln. zufällt. Im Allgemeinen glaubt man nicht, daß Herr Hoff dagegen reklamiren wird.

— Wie die demokratischen Blätter alle bekanntlich das Gras wachsen hören, so weiß die „Kölnische Ztg.“ auch ganz genau, was Herr v. Bismarck bei seiner letzten Anwesenheit in Paris gemacht und wie es ihm gegangen ist. Sie erzählt: Herr v. Bismarck hat der französischen Regierung die Versicherung gegeben, daß Preußen mit der von Frankreich in der italienischen Politik genommenen Wendung einverstanden sei, und wir glauben, daß ein diplomatisches Aktenstück Preußens diese Angabe mit Nachstern bestätigen wird. Was die anderen Materien der Gespräche anbetrifft, so möge man vor Allem von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß, welches auch der Ernst der preussischen Zustände sein möge, es heilige Pflicht eines preussischen Staatsmannes war, sein Vaterland dem Auslande gegenüber nicht als innerlich geschwächt darzustellen. Es ist nun eigenhümlich genug, daß wir von den Franzosen hören müssen, sie könnten dem Patriotismus, welcher aus der ganzen Darstellungsweise des preussischen Ministers hervorging, nur ihre Achtung zollen. Herr v. Bismarck habe erklärt, Preußen denke nicht daran, in Deutschland einen Staatsstreich zu machen, und würde auch die innere, rein konstitutionelle Krisis unter Achtung aller bestehenden Gesetze glücklich durchkämpfen. Ein Verfassungskbruch liege nicht vor; die Regierung hätte jedoch auf mehr Rücksicht von Seiten der zweiten Kammer rechnen dürfen. Ueberhaupt war man hier von der diplomatischen Mäßigung, mit welcher Herr v. Bismarck sich über die Gegner der Regierung äußerte, sehr überrascht. Er schien nie aus dem Auge zu verlieren, daß er dem Auslande gegenüber sprach. Der Handelsvertrag bildete natürlich einen Hauptgegenstand der Unterhaltungen. Der Minister erklärte sowohl dem Kaiser wie Allen, mit denen er zusammen kam, daß Preußen unverbrüchlich an dem Handelsvertrage fest halte und ihn zur Zeit in Kraft setzen werde. (Was an dieser Erzählung, welche eigentlich nur Selbstverständliches berichtet, überraschen muß, ist die unverkennbare Achtung und Anerkennung, mit der die demokratische „Kölnische Ztg.“ von Herrn v. Bismarck spricht.)

— Demokratische Blätter drohen dem bekannten „Arbeiter“ Giesler mit einer Erklärung des Leipziger Arbeiter-Comité's, worin die Beweise für eine Verbindung des Giesler mit der Reaktion aufgedeckt werden sollen. In demselben Athem betheuern diese Blätter, daß die Entlassung des Giesler aus seiner Stellung durch Herrn v. Unruh gar nicht Folge der politischen oder sonstigen Gesinnung des Giesler, sondern nur der Art ist, wie derselbe seine Arbeit in der Fabrik ausgeführt hat. — Sonderbar, dritthalb Jahre hat Giesler in dieser Fabrik zur Zufriedenheit gearbeitet, und gerade nun die Arbeiterversammlung stattgefunden, nun arbeitet er so schlecht, daß er von Herrn v. Unruh sofort weggejagt und auf die Straße gesetzt werden muß!!! Es ist ja auch noch niemals vorgekommen, daß Giesler und andere Arbeiter u. von ihren demokratischen Herren sofort entlassen wurden, nachdem sie bei den Wahlen conservativ gestimmt hatten. Das ist ja noch niemals vorgekommen, und wenn es etwa doch vorgekommen ist, so war es gewiß nur „der Art“, wie dieselben, obgleich sie Jahre lang gut gearbeitet, nun nach den Wahlen mit einem Male ganz schlechte Arbeit machten. Ihr freies Wahlrecht hatten die Leute, oh gewiß; nur wenn sie zufällig conservativ wählten, dann machten sie schlechte Arbeit und mußten sofort entlassen werden. Das ist ja ganz natürlich, und so hat's Herr v. Unruh mit dem Arbeiter Giesler auch nur gemacht.

— Nach der „Volkszeitung“ hat der sog. Nationalfonds, bestimmt für alle Diejenigen, über welche der gegenwärtige Kampf Verfolgung verhängt, in dieser Weise seine Thätigkeit bereits begonnen, und ist aus demselben einem Gewerbetreibenden, „welcher durch die Machinationen der Reaktionspartei wesentliche Beschädigungen erfahren“ (was für welche denn?, hatte er vielleicht „reaktionaire“ Wochenscheine?), „eine namhafte Summe darlehnsweise aus dieser „größartigsten politischen Assekuranzkasse“ gezahlt worden.“ (So, so!) Wie aus Berlin mitgetheilt wird, hat ein dortiger Kaufmann seine Commis, die zum Nationalfonds 5 Thlr. beigesteuert hatten, entlassen. Natürlich werden diese edlen „Befolgten“ nun doch auch aus dem Nationalfonds die gebührende Unterstützung erhalten. Die Spekulationen auf den Nationalfonds werden bald ein neues lukratives Geschäft werden.

— An der Börse vom 17. d. Mts. war die Stimmung entschieden flau. Staatsschuldenscheine 90; Preuß. Rentenbriefe 99½.

**Frankreich.** Die ablehnenden Antworten des englischen und russischen Kabinetts auf den diesseitigen Vermittlungs-Vorschlag in Betreff Amerika's machen hier großes Aufsehen und in

den offiziellen Kreisen einen sehr unangenehmen Eindruck.

**Großbritannien.** Auf die französische Depesche in Betreff Amerika's ist am 14. die Antwort abgesandt. Das hiesige Kabinet hält die Zeit zu einer Vermittelung zwischen den kriegführenden Parteien in Nordamerika noch nicht für gekommen; man dürfe keine Annahme der Vermittelung voraussetzen; eine Ablehnung aber würde verhindern, bald mit einem neuen Vermittlungs-Versuche hervortreten. England lehnt die Intervention ab.

**Italien.** Turin, 17. November. (Tel. Dep.) Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Aufhebung des Belagerungszustandes in den neapolitanischen Provinzen und auf Sizilien angeordnet wird. Die Präfekten von Neapel und Palermo behalten einige exceptionelle Befugnisse. Dagegen hat der Kaufmannstand von Neapel an den General Lamarmora eine energische Vorstellung gerichtet, worin nachdrückliche Maßregeln zur Beseitigung des Räuberwesens verlangt werden. In dieser Bittschrift heißt es wörtlich: „Die Couriere aufgefängten, die Postkessel verbrannt, die Reisenden angehalten und ermordet, die Frachtwagen, welche Güter nach den Provinzen schaffen, ausgeplündert, — das sind die Nachrichten, die uns in Masse von allen Punkten der Provinzen zugehen und welche Aller Herzen mit Schrecken erfüllen. Alle Handels-Verbindungen sind unterbrochen, die Städte isolirt, und die Geschäfte, die schon sehr flau gingen, liegen gänzlich darnieder.“ — Lauter süße Freiheit, Einigkeit, u. s. w.

**Griechenland.** Es fehlt an Geld und die Staatsausgaben der provisorischen Regierung wachsen. Man kann der Armee nicht mehr den Sold bezahlen, die Soldaten desertiren und verkaufen Waffen und Effekten. 2000 Unteroffiziere wollen für ihren Treubruch avanciren.

**Türkei.** Die „Allg. Pr. Z.“ hat sichere Nachrichten aus Konstantinopel erhalten, welche dem Gerücht, daß der Sultan gemüthskrank sei, bestimmt widersprechen. Nach anderen Berichten leidet der Sultan an einer durch großen Aerger herbeigeführten Ueberreizung des Gehirns, doch scheint es schon wieder besser mit ihm zu gehen.

**Rußland.** Auch das hiesige Cabinet hat das Eingehen auf die von Frankreich vorgeschlagene Vermittelung in Amerika abgelehnt. Man müsse den Schein vermeiden, als wolle man einen Druck ausüben. Wenn Frankreich auf Vermittelung bestohe und England seine Zustimmung gebe, so wolle Rußland, wenn auch nicht offiziell, so doch moralisch, unterstützen.

**Polen.** Von der Unsicherheit der Zustände hier kann man sich auswärts kaum einen Begriff machen. Einer fragt den Anderen: Was soll daraus werden? Wer regiert jetzt eigentlich hier? Haben wir jetzt 2 Regierungen? Die rechtmäßige Regierung erhebt gesetzliche Steuern, die revolutionären Comité's erheben sie nach Belieben; die gesetzliche Exécution erfolgt nach 4—6 Wochen oder einigen Monaten, die revolutionäre wartet kaum einige Tage darauf; die rechtmäßige Regierung verhaftet, verurtheilt und straft nach den bestehenden Gesetzen; die revolutionäre verurtheilt ungehört und sendet in der Stille ihre Schergen aus, um durch Dold oder Strang die ihr Verdächtigen, d. h. nicht Zustimmung, aus dem Wege zu räumen. Die Regierung formirt Conscriptioons-Listen zur Militär-Aushebung, während das revolutionäre Comité seine Truppen im Geheimen erzieht. Wer regiert also? fragt man, wenn letzteres Alles ungestraft thun kann, und keine Spuren der Expreßer und Mörder von einer Polizeimeisterei von fast 1600 Beamten und Polizeisoldaten aufzufinden sind? — Dem Revolutionsmorde Feltner's soll, wie man sagt, gestern ein zweiter, an einem ebenfalls als Spion bezeichneten Juden, durch Hängen vollzogen, gefolgt sein. Die Regierung scheint rathlos, aber sie bricht ihr Schweigen nicht. Alles ist voll Furcht, und Niemand kann errathen, was kommen wird.

#### Handels-Nachrichten. (Wolf's tel. Bül.)

Hamburg, 17. Novbr. Weizen loco und ab Auswärts flau und stille. Roggen loco stille, ab Königsberg Frühjahr 75 zu haben, 74 wohl zu lassen. Del November 29½, Mai 29½—29.

Amsterdam, 17. Novbr. Weizen preis haltend. Roggen animirter. Raps April 83½, September 75½ nominell. Rübsöl Mai 46½, September 43½.

London, 17. Novbr. Englischer Weizen zu zwei Schillingen niedriger langsam verkauft, fremder unthätig, einen bis zwei, Gerste einen bis zwei, guter Hafer einen, geringere Sorten zwei Schillinge billiger. Weiße Erbsen einen bis zwei Schillinge höher. Wetter schön, doch kalt. — Liverpool. Baumwolle billiger.

#### Berschiedenes.

— Nach der Zählung vom Dezember 1861 betrug die Gesamt-Bevölkerung des Preussischen Staates 18,491,220, und hatte also gegen die Zählung von 1858 (Resultat 17,739,913) um 751,307, also um ca. 4½ Procent, zugenommen. Die größte Zunahme hat in der Provinz Brandenburg (mit Berlin) mit beinahe 6 Procent, die geringste in Westfalen mit 3½ Procent stattgefunden. In der Provinz Preußen betrug die Zunahme 4,46; im Regierungsbezirk Danzig 4,84 Procent, und zwar 475,570 gegen 453,626 i. J. 1858.

— Die Hauptgewinne bei der letzten Lottererie sind wie folgt gefallen: 150,000 Thlr. nach Siegen, 100,000 Thlr. nach Breslau, 50,000 Thlr. nach Götting, 40,000 Thlr. nach Berlin 30,000, 20,000 und 15,000 Thlr. nach Königsberg, 25,000 Thlr. nach Lyck, 7mal 10,000 Thlr. nach Magdeburg, Stettin, Lyck, Berlin, Ologau, Halberstadt und Köln.

— Es ist doch erstaunlich, was die demokratischen Blätter Alles wissen! Erzählt da der Berliner Correspondent der „Danziger Ztg.“ mit ganz ernster Miene: „Die französische Diplomatie habe Herrn v. Bismarck kein Geht daraus gemacht, daß Preußen, so lange der Konflikt im Innern nicht gelöst sei, keine Aussicht auf eine wirksame Bethheiligung an der auswärtigen Politik habe. Der französische Kaiser selbst kennt das deutsche Volk zu gut, um zu meinen, daß die preussische Regierung auf dem bisherigen Wege etwas erreichen werde. Es sei Napoleon aber keineswegs ganz gleichgültig, ob der Verfassungskampf in Preußen von Seiten des Volkes mit wachsender Energie fortgeführt, oder ob er durch Entgegenkommen der Regierung beigelegt wird. Als sicher könne mitgetheilt werden, daß man am französischen Hofe sich für eine verständliche und nachgiebige Politik der Regierung in Preußen ausgesprochen und in diesem Sinne auf Herrn v. Bismarck einzumirken versucht habe;“ u. s. w. Es ist, wie gesagt, ganz erstaunlich, was so ein demokratischer Correspondent — à 8 Pfennige für die Petitzeile — Alles weiß, selbst in dem geheimsten Kabinet, ja in dem Hintertasten des französischen Kaisers, so verschlossen derselbe auch gegen seine nächste Umgebung ist, bringt die Wissenschaft dieser demokratischen Correspondenten à 8 Pfennige für die Petitzeile. — Natürlich wird auf diese tiefe Wissenschaft und Ermahnung des Berliner Correspondenten der „Danziger Ztg.“ à 8 Pfennige für die Petitzeile Herr v. Bismarck nur sofort „links schwenken“ machen. Die Gesinnungsgeoffenen der „Danziger Ztg.“ glauben's doch gewiß fest und fest. Oder sollte gar Einer sich unterstehen, daran zu zweifeln? Na der rothe Reaktionair müßte gemacht werden!

— Ludwig Uhl and ist am 13. d. Mts. in Tübingen gestorben.

— Nach der Seitens des Geschäftsführers des „deutschen Nationalvereins“ abgelegten Rechnung zählt derselbe gegenwärtig 25,325 Mitglieder und betrug der Vermögensbestand des Vereins im Ganzen 32,982 Gulden. — Tant de bruit pour une omelette!

— In einem Berliner Vl. bietet ein Schuhmacher warme Hauschuhe aus, das Paar für 1 Thlr.; „Fortgeschrittmänner aber zahlen anstatt 1 Thlr. nur 20 Sgr.“ —

— (Ein moderner Bänkelsänger.) Aus Neapel schreibt man englischen Blättern, daß Padre Pantaleo, Garibaldi's Kaplan und treuer Begleiter von Anno 1860 bis Aspromonte, von einem englischen Speculanten engagirt worden ist, in England umherzureisen und Garibaldi's Leben und Thaten öffentlich zu schildern! — Alles Speculation, Alles für Geld, Alles Komödie: — das ist heutzutage das Loos aller Dinge auf der civilisirten Erde!

— In einer größeren Stadt hatten die Herren, welche in der Form einer ihren demokratischen Abgeordneten übersendeten Adresse sich eine Selbstveräusserung zubereiteten, die Naivität, diese Adresse auch an den Ministerpräsidenten v. Bismarck, zur Kenntnisaufnahme, zu schicken. Dieser erwiderte den Herren: leider fände er erst jetzt nach seiner Rückkehr von Paris Gelegenheit, den Herren für ihre Aufmerksamkeit seinen Dank abzustatten. — Man sieht, Herr v. Bismarck weiß selbst solche — Streiche mit Humor zu behandeln.

— Für das Jahr 1861 betrug die klassifizierte Einkommensteuer, einschließlich 377,500 Thlr. Zuschlag, 3,402,500 Thaler. Die Herren v. Unruh und Runge sagen am Schluß ihres Reiz-Artikels für den Nationalfonds: „Es darf wohl daran erinnert werden, daß der erlassene Aufschlag von 25 Procent zur Einkommensteuer mehrere Millionen Thaler im Jahre beträgt.“ O Unwissenheit! Je unwissender, je revolutionärer!

#### Aus der Provinz.

Königsberg. Der Provinzial-Landtag ist am 16. d. in gewöhnlicher Weise durch den Oberpräsidenten Herrn Eichmann eröffnet worden. Graf Dönhoff-Friedrichstein hat wegen eines Augenübels das Amt des Landtagsmarschalls niederlegen müssen und ist statt seiner der Regierungspräsident Graf zu Eulenburg zum Landtagsmarschall und der Generaldirektor der Ostpr. Landschaft Graf v. Kanitz-Podangen zu dessen Stellvertreter; zu Sekretären die Abg. Landrath Graf Wittberg aus Stuhm, Bürgermeister Heinrich

aus St. Croix und Landrath v. Sanden aus Magunt ernannt.

**Marienburg.** Die Deputation aus dem Kreise Marienburg, welche in Berlin anwesend ist, um Sr. Majestät dem Könige eine mit mehr als 1000 Unterschriften versehene Ergebenheits-Adresse zu überreichen, besteht aus folgenden Personen: dem Hauptmann a. D. Bürgermeister Knoff aus Neuteich, dem Sattlermeister Karsten aus Marienburg, dem Gutsbesitzer Hannemann aus Alfelbe.

**Marienwerder,** den 10. November. (D. Z.) Vor dem Criminalsenat des hiesigen königlichen Appellationsgerichts fand heute Termin an zur Verhandlung dreier Verbrechen wider den Redacteur der „Dabahn“, und zwar wegen zweier Inserate, „Staatsgewinn-Verlosung“ betreffend, und wegen öffentlicher Beleidigung des Staats-Ministers v. d. Heydt. Auf das frühere Urtheil des Königl. Kreisgerichts (50 Thlr. Geldbuße und Vernichtung der vorfindlichen Exemplare) hatte sowohl die Königl. Staatsanwaltschaft, als auch der Angeklagte Appellation eingelegt. Erstere erneuert heute ihre in erster Instanz gemachten Anträge) 25 Thlr. Geldstrafe, 14 Tage Gefängniß und Verlust der Concession.) Der Gerichtshof trat jedoch der Annahme des Königl. Kreisgerichts, daß hier mildernde Umstände vorliegen, so wie, daß nach dem Wortlaut des §. 54 des Preßgesetzes die dritte Verurtheilung in den fünfjährigen Zeitraum fallen müsse, um den Richter zur Aussprechung des Concessions-Verlustes zu verpflichten, bei, und erkannte auf eine Geldbuße von 25 Thlr. und Vernichtung der vorfindlichen Exemplare.

**Graudenz.** Die Kunststereographische Gesellschaft mit Ad. Godfroy, der vielgenannten Kätchen Reng, welche jetzt in Danzig spielt, wird hier eine Reihe Vorstellungen geben. — Auch in hiesiger Umgegend ist es Sitte, daß die Bauernwithe ihre Knechte zu Martini auf einer Art von Gefindemärkten mieteten, wozu das Gefinde gemeinlich in Krügen sich versammelt. Dabei kommt es denn oft vor, daß der Brantwein die Köpfe benebelt und höchst brutale Scenen verursacht. Ein Opfer solcher Brutalität wurde am Sonntag der Einsasse Reh, welcher in der Thüre des Kruges in Schwirkochn stand, als eine Schaar Knechte herankürmte, von denen einer dem Reh mit einem Stein einen Schlag auf den Kopf versetzte, daß er zusammenstürzte und nach einigen Stunden den Geist aufgab. Leider ist der Thäter noch nicht ermittelt.

**Okerode,** 15. Novbr. Bei der heute hier stattgehabten Landrathswahl ist der Kandidat der konservativen Partei, Regierungreferendarus von Brandt-Tannenber, mit 31 gegen 28 Stimmen in erster Stelle erwählt. Es ist zu beklagen, daß bei der allerdings nicht so wichtigen Wahl des zweiten und dritten Kandidaten sich die Stimmen der konservativen Kreislände, in Folge eines Zwischenfalles, theilten und zwei der Fortschrittspartei angehörende Herren: Gundt-Kraplau und von Rhode-Kauschen gewählt sind.

**Elbing.** Der gestern zu Ende gegangene Martini-Fahrmarsch war nur von sehr wenigen auswärtigen Händlern und Gewerbetreibenden und demzufolge auch, ungeachtet des ganz außerordentlichen trockenen und hellen Wetters, von wenig Käufern besucht.

Wie von sonst wohlunterrichteter Seite mitgetheilt wird, gehen die Führer der hiesigen „Fortschrittspartei“ damit um, die Candidatur des Herrn von Unruh für die hiesige Abgeordnetenstelle fallen zu lassen, weil aus der Mitte der Partei mehrfach Meinungen gegen diese Candidatur sich bemerklich gemacht haben, welche, beim Festhalten derselben, ein Mißlingen befürchten lassen. Man ist nur noch darüber nicht einig und in einiger Verlegenheit, wie man das Aufgeben dieser und die Aufstellung einer anderen Candidatur mit einigermaßen sichhaltenden Gründen motiviren soll.

Am vergangenen Freitage hat sich ein Ulane von der hiesigen Garnison erhängt. Dem Vernehmen nach, war der Mann sehr stark dem Trunk ergeben; ein anderes Motiv liegt nicht vor.

### Schwurgericht in Elbing.

1) Am 17. November c. Der frühere Privat-Gebedient Albert Wilhelm Raddant aus Marienburg, 26 Jahre alt, ist angeklagt, im Jahre 1862 drei Wechsel auf Höhe von 70 Thlr., 49 Thlr. 29 Sgr. und 49 Thlr. 29 Sgr. fälschlich angefertigt und zum Zwecke der Täuschung Gebrauch davon gemacht zu haben. Derselbe ist gefänglich und wird unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängniß, 200 Thlr. Geldbuße oder 3 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt.

2) Den 18. November. Anklage-Sache wider den Knecht Joseph Kriptomski aus Bietertsehe wegen versuchter Nothzucht. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen und der Angeklagte nach erfolgter Beweisaufnahme freigesprochen.

(Mitgetheilt.) Am 12. d. Mts. feierte in Danzig auf Vorstadt Schidlitz der erste Lehrer der dortigen evangel. Schule, Herr Aug. Haunit, sein 25-jähriges Amtsjubiläum. — Schon am Vormittage wurde der Jubilar von seinen Schülern und Mitkollegen, von seinem Lokal-Schulinspektor und Schulvorstande, der ihm Namens der Schulgemeinde werthvolle Silbergeschenke überreichte, und vom Herrn Stadtschulrath K. in herzlichster Weise beglückwünscht. Letzterer überreichte dem Jubilar außerdem noch ein besonderes

Anerkennungs- und Glückwunschscheiben der Danziger Behörden, das mit sinniger Bezugnahme auf dessen 25-jährige Dienstzeit eine gleiche Anzahl von Thalern in R.-M. als Ehrengeschenk beigelegt enthielt. Nachmittags kamen die Lehrer Danzig's, wohl fünfzig an der Zahl, um gleichfalls durch Rede und Gesang dem Jubilar ihre Glückwünsche darzubringen. Heitere Laune und würdige Unterhaltung vereinten die Festgenossen bis zum spätesten Abende, der sicherlich Allen ein Lebenspunkt angenehmer Rückerinnerungen bilden wird. —

Dem Referenten, der an den Leiden und Freuden des Volksschullehrerstandes stets wärmsten Antheil genommen hat, und den der Zufall in die Reihe dieser Festgenossen geführt hatte, dem mußte sich ungesucht die Frage aufdrängen: Wie kommt es, daß in unserem Elbing den Lehrern bei vor kommenden Gelegenheiten nicht ähnliche, ehrende und aufmunternde Anerkennungen zu Theil werden? Hier auf giebt's sicherlich nur eine Antwort: Entweder stehen unsere Lehrer den Danzigern an Tüchtigkeit und erfolgreicher Amtswirksamkeit nach, oder das Wohlwollen der Danziger Behörden für ihre Lehrer ist vergleichsweise zu dem der unserigen ein erhöhteres und lebendigeres. —

Den Doppelsinn dieser Antwort näher zu beleuchten, liegt nicht in der Absicht des Referenten; seine Absicht ist schon erreicht, wenn er die Antwort überhaupt nur näherer Erwägung empfohlen weiß. —

**Briefkasten.** 1) „Abschied vom Sommer.“ — Für diesmal wohl zu spät. 2) Das Inserat von W. kann nur gegen Bezahlung aufgenommen werden. 3) Herr D. in C. kann das Gewünschte abholen lassen.

### Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter Bertha mit dem Schuhmachermeister Herrn Carl Speiswinkel beehre ich mich hiemit ergebenst anzuzeigen. C. Witte.  
Elbing, den 17. November 1862.

### Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 4½ Uhr starb mein innig geliebter Gatte, Schwiegervater und Großvater, der Müllermeister Friedrich Weber, im 69sten Lebensjahre, an ganzlicher Entkräftung. Mit tiefster Trauer widmet diese Anzeige Verwandten und Freunden  
Justine Weber,  
geb. Pohl.  
Elbing, den 17. November 1862.

Donnerstag, den 20. November,  
Abends 7 Uhr,  
im Saale der Bürger-Resource:  
**CONCERT**  
unter gütiger Mitwirkung geschäpfter Dilettanten, der Liedertafel und der Damroth'schen Kapelle,  
zum Besten des Pestalozzi-Vereines.

### Erster Theil:

- 1) Ouverture aus „Der Wasserträger“ von Cherubini.
- 2) „Mein Schiffelein treibt inmitten“ u. von J. Beschnitt, vorgetragen von der Liedertafel.
- 3) a, Lied von Robert Franz für Sopran, b, Lied von Mendelssohn-Bartholdy für Sopran.
- 4) „Mutterseelenallein“, Quartett für Sopran, Alt, Tenor und Bass von Franz Abt.
- 5) Deklamation.
- 6) Chor der Zimmerleute aus „Gaar und Zimmermann“ von Vorping. (Tripel-Quartett.)
- 7) Ouverture aus „Sphigie in Tauris“ von Gluck.

### Zweiter Theil:

„Eine Nacht auf dem Meere.“ Preisgekrönte Komposition für Männergesang mit Orchesterbegleitung von W. Tschirch, ausgeführt von der Liedertafel.

Billets à 7½ Sgr. sind bei Herrn Versuch, Herrn Maurizio und in der Neumann-Hartmann'schen Buch- und Musikalien-Handlung, so wie Abends an der Kasse à 10 Sgr. zu haben.

Die Unterzeichneten laden zu gütiger Theilnahme ergebenst ein.

**Kreyszig. Förster. Damroth. Evers. Rhein.**

Mittwoch, den 19. November c.:  
**B a l l**  
— Anfang 7 Uhr —  
in der Ressource „Humanitas.“  
**Das Comité.**

Zum Besten des hiesigen Rettungshauses und der Klein-Kinder-Bewahranstalten wird am nächsten Sonntage, als am Gedächtnistage der Verstorbenen, zur Concert-Aufführung kommen:

- 1) „Das Tagewerk ist abgethan“ u. Solo und Chor von weiland Herrn Superintendenten Eggert.
- 2) Der Ostermorgen, Cantate von Tiedge und Neukomm.

Indem ich das Unternehmen hiemit der wohlwollenden Theilnahme des hochgeehrten Publikums vertrauensvoll empfehle, bemerke ich zugleich, daß eine nähere Anzeige in der nächsten No. dieses Blattes erfolgen wird.

**Doering.**

### Publicandum.

Die Jahresrechnung von dem Gemeindegut der Altstadt pro 1861 ist zur Einsicht der resp. Corporationsmitglieder auf 8 Tage in der Registratur der Herren Stadtverordneten ausgelegt worden.

Elbing, den 13. November 1862.

Der Magistrat.

**Citronen, Apfelsinen, Paraffin- und Stearinlichte und Wachsstock empfiehlt**

**A. Schaumburg.**

Krahnthor.

Wie vielerlei Mittel es auch für das Wachsthum der Haare giebt, so zeigt doch ihre Anwendung so gut wie gar keinen Erfolg. Dennoch giebt es ein Mittel, welches nicht mit oben bezeichneten in gleiche Kategorie zu stellen ist; es ist dies die neue Erfindung: der vegetabilische Kräuterhaarbalsam Esprit de cheveux aus der Fabrik von Gutter & Co. in Berlin, Niederlage bei A. Leuchert in Elbing, der durch eine Menge von Resultaten seine wirklich vortreffliche Wirksamkeit bewiesen hat und daher für jeden Haarleidenden von besonderem Interesse sein muß.

So schreibt Ihre Durchlaucht die Prinzessin zu Bentheim-Tecklenburg, Schloß Marholz:

Da der Esprit de cheveux aus der Fabrik von Gutter & Co. in Berlin meinen Haaren sehr gut bekommen und von vortrefflicher Wirksamkeit ist, so ersuche ich Sie heut, um nochmalige Zusendung von 2 Flaschen à 1 Thlr. mit beigelegter Rechnung.

Ferner äußert sich Herr Vicomte de Lavangoe in Besancon:

Ein Wohlgeborener! Nachdem ich streng nach Ihrer Vorschrift den Haarbalsam anwandte, schien es mir, als wollte sich gar keine Wirkung zeigen, denn die erste Flasche blieb ganz ohne Erfolg; jedoch bestätigte sich bald das Gegentheil, denn nachdem ich 3 Flaschen à 1 Thlr. verbraucht, weiß ich nichts mehr von kahlen Stellen, und finde ich deshalb Veranlassung, Ihnen meinen pflichtgemäßen Dank abzustatten.

Alle Sorten wollene und baumwollene Strumpfwaren, als: Hemden, Unterjacken, Beinkleider, Strümpfe, Socken, werden billig und gut gearbeitet und sind stets vorrätzig bei Güttel, Königsbergerstraße No. 11.

1 Waschmaschine ist billig zu verkaufen Spieringsstraße No. 27.

Schlittschuhe werden billig geschliffen und reparirt Laffadie, Al. Seegelsstraße No. 3, D l f f.

Eine sehr liebevolle Pflege für ein Kindchen, noch Säugling, ist zu erfragen: Kallischeunstraße No. 2. bei Sibilski.

Ein mattgoldenes Nadelobertheil mit Perlenstränge ist von der Leichnamstraße, Traubenstraße bis Mühlenthor verloren; der Finder erhält bei Abgabe eine dem Werthe nach gute Belohnung bei R. Gerike, Souvelier und Goldarbeiter.

Ein noch nicht vollendetes Hemde, in einer mit St. gezeichneten Serviette, ist verloren. Dem ehrlichen Finder eine Belohnung Grubenhagen No. 1.

Den 16. Ab. ist Kürschnerstr. bis L. Finsterstr. 12. 1 Pelztragen verl. Geg. Bel. abzug.

# Beste Preßhese à Pfd. sieben Silbergröschén.

Böswilligem Gerüchte zu bezeugen, mache ich meinen werthen Abnehmern die Mittheilung, daß ich mein seit 25 Jahren betriebenes **Sesén-Geschäft** unverändert fortsetze und meine, als anerkannte beste Waare, von heute ab für **sieben Silbergröschén pro Pfund** verkaufe.

Elbing, den 15. November 1862.

**D. R. Kosowsky,**

inneren Mühlendam No. 11.

und

Fischerstraße No. 5.

## Die zehnte Auflage!

Dr. Wilh. Gollmann's  
**Rathgeber**  
in allen Krankheiten der  
**Geschlechts-**  
und Harnwerkzeuge  
und in ihren  
**Folgeübeln.**

Diese nach den neuesten wissenschaftlichen Grundsätzen und mit Benützung tausendfältiger, in 16jähriger entschieden erfolgreicher Praxis erworbenen Erfahrungen verfasste medicinische Schrift enthält in einem 254 Seiten starken Bande eine ausführliche und populäre Darstellung aller (geheimen) **Geschlechts-Krankheiten** und deren **Folge-Uebel, Schwäche-Zustände, Impotenz, Unfruchtbarkeit, etc.**, sowie Rathschläge über die bewährtesten Schutzmittel gegen Ansteckung, und die nothwendigen Maassregeln gegen die traurigen Folgen geheimer Jugendsünden. — Zu haben beim Verfasser, Wien, Stadt, Tuchlauben 557, während der täglichen Ordinationsstunden von 12 — 4 Nachmittags.

**Preis 1½ Thaler Preuss. Court.**

Eine neue Sendung **Strickwolle** erhielt  
**Daniel Peters.**

Mein Lager  
acht importirter **Savannah-,**  
**Bremer und Hamburger**  
**Cigarren**  
empfehle bei billigster Preisnotirung.  
Wiederverkäufern angemessenen Rabatt.  
Billigere Sorten mit 25 % Rabatt.  
**Adolph Kuss.**

Das anerkannt beste Toilettenmittel, welches die Kopfhaut von allen Schinnen befreit, das lästige Jucken beseitigt und das Ausfallen der Haare sofort unterbricht, ist wohl das bewährte **Schinnen-Wasser** aus der Fabrik von Gutter & Co. in Berlin, Niederlage bei **A. Teuchert** in Elbing, Fischerstraße No. 36, in Glasen à 15 Sgr., welches eine leicht ausführbare, sorgfältige Reinigung der Kopfhaut bewirkt.

## Extrait Japonais,

neu erfundenes Haarfärbemittel, mit welchem man jede beliebige Farben- Nuance, blond, braun, bis ganz schwarz, sofort ächt herstellt. Kein Mittel ist bekannt, welches so schön und ohne alle Nachtheile färbt. In Etuis à 1 Thlr. Fabrik von Gutter & Co. in Berlin, Niederlage bei **A. Teuchert** in Elbing, Fischerstraße No. 36.

**Apfelwein,** 14 Fl. 1 Thlr., à Anker von 30 Quart 2½ Thlr., excl. ganz vorzüglich, 10 Fl. 1 Thlr., Ant. 4 Thlr., excl. Aufträge gegen Baarsendung oder Nachnahme. Berlin. **F. A. Wald.**

Mein reichhaltiges Lager von **Cigarren, Rauch- u. Schnupftaback** empfehle ich bestens.

**Moritz Mühle,**  
alter Markt No. 62.

**Gut brennende Maschinen- und Ruß-Kohlen** empfiehlt bei freier Anfuhr billigst

**B. T. Barthels,**

Hofplatz am Elbing und Stadthofstr.

Das **Schröter'sche Grundstück** in **Vollwerk** soll den 19. December gerichtlich verkauft werden, welches Käufern hiemit bekannt gemacht wird.

Eine neue Sendung von **Geldbeuteln**, von russischem Renuthierleder mit Silber- und Neusilberchloß, zu Geschenken, ihrer Haltbarkeit wegen, sich besonders eignend, hat erhalten

**E. Borishoff.**

**Engl. Maschinen- u. Rußkohlen** verkauft bei freier Anfuhr billigst

**A. Volckmann.**

## Atteste

über den weißen Brust-Syrup aus der Fabrik von G. A. W. Mayer in Breslau.

In meinen Jugendjahren, — ich zähle 67 Jahre, — litt ich in Folge heftiger Erkältung gar oft an falscher Halsbräune. In meinem späteren Verufe als Lehrer in zahlreichen Klassen und Vorleser in einer großen Stadtkirche ward jenes Uebel ein dauernder, bedenklicher Husten mit den heftigsten Brustbeschwerden, Krämpfen, die in der Brust begannen, den ganzen Körper ergriffen. Schon vor 25 Jahren sprach mir mein Arzt als einem Halschwindlichtigen das Leben ab. Auch in meinem jetzigen Verufe als Landprediger verfolgte mich bei aller Behutsamkeit und ärztlichen Hilfe jenes Uebel, das mit den Jahren zunahm. Da griff ich zu dem Brust-Syrup des Herrn G. A. W. Mayer. Nach dem Gebrauche dreier Halbfaschen aus der Niederlage des Herrn J. F. Lehmann in Neubrandenburg ist mein Husten nicht verschwunden, — das wäre ein Wunder zu nennen, — aber so selten und so wenig mich ergreifend geworden, daß ich ohne Beschwerden Morgens und Abends den von den Halsdrüsen abgesonderten Schleim beseitige, trefflich schlafe und mit regem Appetit esse. Das der vollen Wahrheit gemäß, für Leidende, die, wie ich früher, sich für schwindlichtige Todes-Candidaten ansehen mögen.

Rülow bei Neubrandenb. in Mecklenb.-Str., im November 1855.

(L. S.) **J. E. Sponholz, Prediger.**

Eine Niederlage von oben erwähntem Brust-Syrup übergab ich dem Kaufmann Herrn Michael Hamm in Liegenhof, in Glasen à 60, 30 und 15 Sgr.

Breslau, im Mai 1856.  
gez. G. A. W. Mayer.

Eine Häckselmaschine und ein Familien-schlitten stehen billig zum Verkauf bei Johann Martens, in **Alt Rosengart.**

Bei C. Wiehler in **Sparau**, nahe beim Bahnhof Grunau, stehen 3 frischmilchende Kühe, so wie 2 fette Schweine zum Verkauf.

Eine frischmilchende Kuh ist zu verkaufen bei **J. Klatt in Eschenhorst.**

Zur Wahl des zweiten Vorstehers und zweier Repräsentanten des Gemeindeguts der Altstadt ist ein Termin

**Donnerstag den 27. November**  
**Vormittags 11 Uhr**

im Saale der Herren Stadtverordneten angesetzt, wozu die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindeguts der Altstadt mit der Warnung eingeladen werden, daß die Nichterscheinenden den Beschlüssen der Mehrheit der Anwesenden als zustimmend erachtet werden.  
Der Vorstand.

## Gustav Schmidt

in Elbing,

empfiehlt sich zur Besorgung von Kapitalien auf sichere Wechsel und ländl. Besizungen, so wie zur Vermittelung des An- und Verkaufs von Hypotheken-Dokumenten, Werthpapieren, Landgütern und von Pachtungen.

Ein tüchtiger **Brenner**, der zugleich die mit der Brennerei verbundene Dampfmaschine zu führen im Stande ist, findet **sogleich** ein gutes Placement im Dominium **Lan-genau** bei Freistadt i. Westpr.

Auf der Domain **Smentau** bei Gzerwin ist für einen gebildeten jungen Mann eine Stelle zur Erlernung der Landwirthschaft offen.

Paape, Administrator.

## An Magenkrampf und Verdauungsschwäche etc.

Leidende erfahren Näheres über die Dr. Doerk'sche Curmethode durch eine soeben erschienene Broschüre, welche gratis ausgegeben wird in der Expedition dieses Blattes.

Wechsel werden stets billigst diskontirt, wie auch Dokumente werden gekauft durch  
**Monber,**  
Mauerstraße No. 7., 2 Tr.

Die Inhaber von Lotterie-Losjen, welche dieselbe Nummer auch für die nächste Lotterie beibehalten wollen, ersuche ich, die Lose bis zum 20. d. M. bei mir zu entnehmen; später werden die Lose anderweitig verkauft.

**Joh. F. Silber.**

Am 15. d. M. ist mir am Berlinerthor ein Korb, darin ein Damenmantel und mehrere andere Sachen vom Wagen verloren gegangen. Dem Finder welcher denselben bei Herrn Abr. v. Riesen, Wasserstr., abgibt, sichere 2 Thlr. Belohnung zu.

**Joh. Wenzel, Schiffer,**  
in **Thiergarth.**

Sonnabend den 22. d. Mts. werden bei mir Gänse verwürfelt. Ich bitte um zahlreihen Besuch.

**Neufirch.**

G. Bessau.

Freitag den 21.: Gänse-Verwürfelung bei Riesen in **Neuhof.**

Sonnabend, den 22. d. Mts.: **Gänse-Verwürfelung**, wozu einladet  
Cor. v. Riesen,  
in **Clemensfabre.**

Gedruckt und verlegt von  
Agathon Bernich in Elbing.  
Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber  
Agathon Bernich in Elbing.

Beilage

## Die Landtags-Session.

II.

Die Budget-Kommission des Hauses der Abgeordneten war so zusammengesetzt, daß die entschiedensten Führer der Fortschrittspartei in derselben einen überwiegenden Einfluß ausübten, die vereinzelter Stimmen der Mäßigung und einer besonnenen Würdigung der Militärfrage dagegen zu keiner Geltung gelangen konnten. Die Vertreter derjenigen Auffassung, welche von 1859 bis 1861 in der großen Mehrheit des Landtages geherrscht und die Reorganisation im Ganzen nur vorbehaltlich gewisser Modificationen und der gesetzlichen Regelung gebilligt hatten, befanden sich in der jetzigen Budget-Kommission in ohnmächtiger Minorität; die eigentlichen Führer der altliberalen Partei aber, unter deren Auspicien und Einflusse das Werk in's Leben gerufen war, blieben von den Vorberathungen des Budgets völlig ausgeschlossen. Schon hierin war ein offenkundiges Anzeichen zu finden, daß die gegenwärtige Landesvertretung sich nicht bloß in Gegensatz gegen das Verhalten der Staatsregierung, sondern eben so sehr gegen die bisherigen Auffassungen des Landtages zu setzen entschlossen war.

Ungeachtet dieser sehr entschiedenen Haltung war es doch sehr überraschend, als die Kommissionsberatungen schließlich zu einem rein negativen Ergebnis, zum Vorschlag der bloßen Ablehnung der gesamten Ausgaben der Reorganisation schon für das Jahr 1862 führten, ein Beschluß, dessen tatsächliche Bedeutungslosigkeit von vorne herein einleuchtete. Ein Theil der Kommissionsmitglieder (vom linken Centrum) hatte offenbar für die vorläufige Absezung der bezüglichen Position, an deren wirkliche Ersparung oder Versagung bei der Lage der Verhältnisse kein Mensch dachte, noch denken konnte, nur in der Voraussetzung gestimmt, daß durch die Annahme einer der zahlreichen Resolutionen, welche schon in der Kommission vorgeschlagen waren, einerseits der anscheinend bloß verneinende Sinn jenes Votums gemildert, andererseits der Weg angedeutet werden würde, auf welchem eine positive Erledigung der schwebenden Differenzen erfolgen könnte.

Aber auch hier zeigte sich, wie immer, daß eine Einigkeit zum bloßen Verneinen viel leichter zu erreichen ist, als eine Uebereinstimmung zu positiven Vorschlägen; nachdem die Absezungen erfolgt waren, fand keine jener Resolutionen eine Mehrheit der Stimmen, und die Kommission trat lediglich mit dem Antrag vor das Haus, die ganze Reorganisation, das unter Mitwirkung dreier Landtage vollbrachte Werk König Wilhelm's, schlechthin zu negieren.

Die radikale Auffassung der entschiedensten Fortschrittspartei hatte in der Kommission gesiegt, alle angeblich „gemäßigteren“ Ansichten hatten sich ihr untergeordnet, und die Vertreter jener Auffassungen verkündeten den Sinn des Votums dahin: das Abgeordnetenhaus wolle die Reorganisation schlechterdings nicht, wolle vielmehr auf den Etat und die Wehreinrichtungen vor 1859 zurückgehen; sei das Geld für 1862 schon verausgabt, so habe die Regierung sich vor Allem zur Umkehr zu entschließen, dann könne sie hinterher die nachträgliche Genehmigung der unwiederbringlichen Ausgaben erhalten.

Als das Plenum des Abgeordnetenhauses am 11. September in die Verathung des Militair-Etats eintrat, gab der stellvertretende Vorsitzende des Staatsministeriums, Herr von der Heydt, Namens der Staatsregierung eine Erklärung ab, welche in einem Rückblick auf die frühere Entwicklung der Reorganisation den Nachweis führte, daß weder von der Regierung beabsichtigt, noch von dem Landtage erwartet sei, daß die Umgestaltung des Heeres nur eine temporäre Maßregel sein solle, daß vielmehr Einverständnis darüber geherrscht, wie dieselbe im Interesse des Landes und des Heeres unabwiesbar dauernd geboten sei; die definitive Regelung sei lediglich dadurch aufgehalten worden, daß hierzu vom Landtage eine Abänderung des Gesetzes für erforderlich erachtet worden sei. Durch die von dem früheren Abgeordnetenhaus im vorigen Jahre gefaßte Resolution sei klar ausgesprochen worden, daß es nicht in der Absicht desselben gelegen habe, die Beseitigung der

bestehenden Heereseinrichtungen vom 1. Januar 1862 ab zu verlangen; durch die Bewilligung der Steuerzuschläge bis zum 1. Juli 1862 sei gleichfalls unzweideutig anerkannt worden, daß der Landtag der Regierung die Mittel zur Vorsehung der Kosten der Reorganisation auch für dieses Jahr habe gewähren wollen. Das seit 12 Jahren bestehende Verfahren, nach welchem die gesetzliche Feststellung des Etats erst gegen die Mitte des Etatsjahres erfolge, habe der Regierung überdies keine Wahl gelassen, ob sie jene Ausgaben auch über den 1. Januar hinaus leisten lassen wolle oder nicht. Sie würde offenbar gegen das Interesse des Landes und gegen die Absichten seiner Vertreter gehandelt haben, wenn sie jene Ausgaben eingestellt hätte.

Nach Angabe der Gründe, warum die Wiedervorlegung des verlangten Gesetzes in der Session unterblieben sei, erklärte der Minister auf das Bestimmteste, daß die Regierung in der nächsten Winter-session eine Gesetzesvorlage über die Wehrpflicht einbringen werde und fügte hinzu: die Regierung glaube mit dieser Erklärung die erhobenen Bedenken um so mehr als beseitigt ansehen zu dürfen, als sie nach wie vor anerkenne, daß die zeitige Formation der Armee, in soweit solche eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine anderweitig gesetzliche Regelung der Dienstverpflichtung erfordere, so lange als eine definitive nicht betrachtet werden könne, als dazu nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages ertheilt sein werde, daß mithin durch die Bewilligung des Etats für 1862 dem künftigen Beschluß über die Wehrverfassung in keiner Weise präjudiziert werden solle. Sofern Werth darauf gelegt werden sollte, die Ausgaben ebenso wie 1861 in das Extraordinarium des Etats zu übertragen, werde die Staatsregierung dem nicht entgegen sein.

Der Minister erinnerte an die Zugeständnisse, die durch Verzichtleistung auf die Steuerzuschläge und durch eine faktische Reduktion der Dienstzeit auf 2½ Jahre bereits gemacht seien, daß aber hiernach eine Ermäßigung der Ausgaben für 1862 nicht mehr möglich sei, indem schon jetzt in der Infanterie nur zwei Jahrgänge sich bei den Fahnen befinden.

Er wies ferner nach, wie die Finanzlage des Staates nicht das mindeste Bedenken gegen die Genehmigung des Etats für 1862 begründe, da die Einnahmen sich so günstig gestaltet haben, daß auch der früher in Aussicht genommene Zuschuß aus dem Staatschatze weder für 1861 noch für 1862 erforderlich sei.

„Die Staatsregierung“, fuhr Herr von der Heydt fort, „ist sich bewußt, daß sie zur Veranlagung der Kosten der Armee-Reorganisation der nachträglichen Zustimmung des Landtages ebenso bedarf, wie zu allen übrigen Ausgaben, welche vor gesetzlicher Feststellung des Etats geleistet sind, und sie glaubt auf diese Zustimmung um so mehr mit Sicherheit rechnen zu dürfen, als nachgewiesen ist, daß die fraglichen Ausgaben nicht zu vermeiden waren und im guten Glauben geleistet sind, daß eine weitere Ermäßigung derselben nicht thunlich ist und daß zu ihrer Deckung hinlängliche Mittel in den gesetzlich bewilligten Einnahmen vorhanden sind.“

„Der Umstand, daß das Gesetz, durch welches die Wehrpflicht allgemein geregelt werden soll, nicht in der gegenwärtigen Session, sondern erst in der folgenden, also wenige Monate später, vorgelegt werden soll, kann es nicht rechtfertigen, durch Versagung der nöthigen Mittel eine Situation zu erzeugen, welche geeignet ist, die Ordnung im Staatshaus halte in der bedenklichsten Weise zu stören, die innere Verwaltung des Landes zum größten Nachtheile der wichtigsten öffentlichen Interessen zu lähmen und die Regierung dem Auslande gegenüber in eine Lage zu bringen, welche ihr auch die Lösung der nach dieser Richtung hin obliegenden Aufgaben erschwert.“

„Die Staatsregierung“, so schloß der Herr Minister, „erkennt mit der Kommission an, daß die Verfassung das Zustandekommen eines Etats-

gesetzes unbedingt voraussetzt. Wenn aber die Kommission gleichwohl die Ablehnung der Ausgaben für die Reorganisation der Armee empfiehlt, und schon bis an die äußerste Grenze zu gehen glaubt, indem sie sämtliche zur Existenz des Staates nothwendige Ausgaben bewilligt und für das Heer nur die Summe, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, zugestehet, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch diese Vorschläge das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unmöglich macht, weil sie die Thatsache gänzlich unberücksichtigt läßt, daß die Ausgaben für 1862 größtentheils bereits geleistet sind und in den letzten Monaten Ersparnisse nicht mehr gemacht werden können.“

„Indem die Staats-Regierung die ernste Erwägung dieser Erklärung dem hohen Hause empfiehlt und hierdurch wiederholt, daß es ihr fern liegt, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses zu beeinträchtigen, indem sie vielmehr ausdrücklich anerkennt, daß alle Ausgaben der Zustimmung des Landtages bedürfen, und die Zusicherung erneuert, daß sie in der nächsten Session das gewünschte Gesetz über die Leistung der Wehrpflicht vorlegen wird, kann sie, in dem Bewußtsein, daß sie nach Lage der Verhältnisse im allgemeinen Staats-Interesse nicht anders, als geschehen, verfahren konnte, der Beschlußnahme mit der Beruhigung entgegensehen, welche die Ueberzeugung gewissenhafter Pflichterfüllung gewährt. Die Staats-Regierung ist sich bewußt, durch tatsächliches Entgegenkommen ihr aufrichtiges Bestreben an den Tag gelegt zu haben, eine Lösung der obschwebenden Frage zu erleichtern; sie beharrt auch ferner in dieser Gesinnung; aber sie darf auch nicht unterlassen, der Landes-Vertretung die ganze Schwere der Verantwortung vor Augen zu stellen, welche auf einer Versagung der nach Lage der Sache durchaus unentbehrlichen und nachweislich vorhandenen Mittel ruhen würde.“

Durch diese Erklärung waren alle prinzipiellen Bedenken, welche vom Standpunkte der Legalität in Bezug auf das Vorgehen der Regierung geltend gemacht worden, in soweit berücksichtigt, als es bei der Verathung des Etats für 1862 überhaupt geschehen konnte.

Indem die Regierung 1) unumwunden anerkannte, daß die Formation der Armee, in soweit damit eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine Veränderung des Gesetzes verbunden sei, als eine definitive nicht betrachtet werden könne, so lange die Zustimmung der Landesvertretung dazu nicht erfolgte, indem sie deshalb 2) sich eventuell damit einverstanden erklärte, daß die Kosten der Reorganisation, statt im Ordinarium, wiederum nur im Extraordinarium bewilligt wurden,

indem sie 3) die Vorlage des Gesetzes im Januar 1863 auf das Bestimmteste in Aussicht stellte,

indem sie 4) anerkannte, daß sie wegen der seit Beginn des Jahres 1862 geleisteten Ausgaben der nachträglichen Genehmigung des Landtages bedürfe,

war augenscheinlich allen begründeten Anforderungen in Betreff der formellen Legalität in Bezug auf die Vergangenheit und in Betreff der Anbahnung einer weiteren streng gesetzlichen und verfassungsmäßigen Entwicklung der Sache für die Zukunft genügt, — und es wäre zu erwarten gewesen, daß Diejenigen, welchen angeblich an einer friedlichen Lösung des Konflikts gelegen war, sich durch diese Erklärungen zunächst insoweit befriedigt finden würden, um das Budget für 1862, an welchem nach allseitigem Eingeständniß thatsächlich nichts mehr zu ändern war, zu genehmigen, die Erledigung der sachlichen Bedenken in Bezug auf die Reorganisation selbst aber für die Verathung des Etats von 1863 vorzubehalten.

Eine solche vorläufige Beilegung des Streites hätte jedoch den Plänen der Fortschrittspartei nicht entsprochen; sie wollte nicht eine Verständigung über die Heeresreform, sondern deren Wiederaufhebung, nicht eine friedliche Ausgleichung der Differenzen, sondern den Kampf gegen die bestehenden Gewalten, und sie hatte sich der „Mittelparteien“ fest genug versichert, um es auch über den Etat für 1862, über welchen eigentlich ein Streit nicht mehr möglich war, doch zur

Verständigung nicht kommen zu lassen! Ungeachtet der Mahnung von Seiten der Regierung hat sie mit klarem Bewußtsein die Dinge dahin getrieben, daß das Zustandekommen eines Etatsgesetzes für 1862 eine Unmöglichkeit wurde. Auf sie fällt die Schwere der Verantwortung für die weitere Entwicklung.

Die Verhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses, welche die Regierung mit der erwähnten entgegenkommenden und beruhigenden Erklärung eröffnet hatte, schienen einen günstigeren Verlauf nehmen zu sollen, als die Kommissions-Beratungen, indem die hervorragenden Führer der alt-liberalen Partei, welche von den Vorberathungen, wie erwähnt, ausgeschlossen gewesen waren, ihre Stimmen für die wesentlichen Grundlagen der Reorganisation, so wie für die Verfassungsmäßigkeit und Legalität des bisherigen Verhaltens der Regierung, erhoben, dagegen die Anträge der Kommission in ihrer völligen Nichtigkeit und Unausführbarkeit den Thatsachen gegenüber darlegten.

Herr von Patow wies schlagend nach, daß die Reorganisation in ihrer seitherigen Ausführung nicht bloß das Gesetz von 1814 beachtet habe, sondern daß auch in keinem Stadium und Vorgange seit 1859 die Rechte der Landesvertretung in irgend einem Punkte verletzt worden seien. Wenn aber in Betreff der Veranschlagung für 1862 vor erfolgter Feststellung des Budgets verlangt werde, daß die Regierung einen besondern Indemnitäts-Antrag stelle, so liege der Fall einer Indemnität allerdings vor, aber ganz eben so, wie er in allen Budgets seit 12 Jahren stets vorgelegen habe. Die Indemnität sei Jahr für Jahr bewilligt worden, eben durch die Bewilligung des Budgets selbst. Das von der Regierung befolgte Verfahren sei stets seit 12 bis 13 Jahren inne gehalten und von Niemand gerügt oder bemängelt worden.

Der Abgeordnete v. Vinde sprach in glänzender Rede für die Reorganisation, ihrem Wesen und ihren Hauptzwecken nach, vorbehaltlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit und einzelner Modificationen, wies aber ferner nach, wie alle abweichenden Auffassungen doch jedenfalls erst beim Etat für 1863, nicht mehr bei dem für 1862, um den es sich zunächst handelte, zur Geltung kommen könnten. Die von der Kommission vorgeschlagenen Streichungen würden daher völlig illusorisch sein: Die Mittel seien vorausgibt und nicht wieder herbeizuschaffen. Aber die Regierung sei auch, als sie die Ausgaben machte, in völlig gutem Glauben gewesen. Unter Bezugnahme auf die allseitig und ohne jeglichen Widerspruch geäußerten Ueberzeugungen bei den Beratungen des vorigen Jahres wies er unwiderleglich nach, wie die Regierung berechtigt gewesen sei, die im Extraordinarium bewilligten Ausgaben der Reorganisation auch nach dem 1. Januar 1862 bis zur Feststellung eines neuen Budgets ganz eben so zu betrachten und weiter zu leisten, wie es mit den im Ordinarium bewilligten seit 12 Jahren geschehe. Selbst die vorjährige Minorität, welche die Ausgaben nicht einmal im Extraordinarium gewähren wollte, habe ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ausgabe, wenn sie einmal in's Extraordinarium pro 1861 aufgenommen sei, eben so im Etat pro 1862 angelegt werden, und daß es alsdann im Ermessen des Kriegsministers stehen würde, über dieselbe zu verfügen, bis der Etat für 1862 festgestellt sei. So habe man damals ohne Widerspruch den Antrag der Bewilligung im Extraordinarium angelegt, und so sei er im ganzen Hause verstanden worden. Wenn nun auch das jetzige Haus nicht an alle Meinungen des vorigen gebunden sei, so können doch die damals gefaßten Beschlüsse nicht geändert werden, und man könne sie nicht anders interpretiren wollen, als nach dem Geiste, worin sie ohne Widerspruch eines Mitgliedes gefaßt worden seien. Man müsse daher auch jetzt dem Ministerium Recht geben, wenn es behaupte, daß die Regierung im guten Glauben sein konnte, sie sei wirklich berechtigt, so lange bis der neue Etat zu Stande komme, den alten Etat in Wirksamkeit zu belassen. Was daher das Jahr 1862 betreffe, so sei der Landtag nicht berechtigt, an der betreffenden Position noch etwas zu ändern; wenn man es aber dennoch thue, würde man dem Lande nichts damit nützen. Wenn das Haus seine verfassungsmäßigen Befugnisse zu üben habe, so müsse es, wenn die constitutionelle Verfassung in Preußen eine Wahrheit werden solle, bei jedem Akte politischer Thätigkeit die

alleräußerste Mäßigung eintreten lassen. Der vorgeschlagene Beschluß aber würde weit über die Grenzen der Mäßigung hinausgehen. Man würde damit weder für das Haus, noch für das Land etwas erreichen; das Einzige, worin der Beschluß praktisch werden könnte, wäre eine Desorganisation des Heeres, es würden damit die Wohlthaten der Reorganisation aufgegeben, die in ihren Grundprinzipien von dem Lande und in früheren Sessionen von allen Mitgliedern des Hauses anerkannt worden seien. Das Gute, das man wolle, werde aus dem Fenster geworfen und dessen Herstellung auf lange unmöglich gemacht, weil man gegen einen kleinen Theil des Planes gegründete Bedenken zu machen habe; auf solche Weise aber dürfe man die Geschäfte des Landes nicht betreiben. Man sei nicht berechtigt, um des Mißtrauens willen, das der Eine oder der Andere gegen die Minister habe, dem Lande zu schaden, und das thue man entschieden; denn man mache das Land wehrlos, und wehrlos bedeute „ehrlos.“ Man werde auf diese Weise die Landwehr nicht wieder in's Leben rufen, sondern nur das Heer desorganisiren und sich dadurch den Verhältnissen in Europa und Deutschland gegenüber auf das Schwerste verantwortlich machen.

Selbst ein hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei, der Abg. Twesten, machte auf die große Bedenkllichkeit und praktische Unzulässigkeit der von der Kommission gestellten Anträge aufmerksam: „Hält man es faktisch für unthunlich, auf den Zustand von 1859 zurückzuführen, oder will man es ernstlich gar nicht, will man nicht das, was man durch das Urtheil über den Etat scheinbar verlangt, dann stellt man sich auf den Boden eines formalen Prinzips, welches die realen Verhältnisse mißachtet und in der Politik niemals Dauerndes schaffen oder erhalten kann. Man sagt etwas, was nicht ist; man beschließt, was man gar nicht ausgeführt haben will; es ist das eine Politik der Agitation und Demonstration, — welche eine gedeihliche Entwicklung unserer parlamentarischen Zustände unmöglich macht. Statt materielle Vortheile für 1863 zu erreichen, ruft man jedenfalls für den Augenblick große Unregelmäßigkeiten in dem ganzen Staatshaushalte hervor.“

Man ruft aber auch durch einen solchen Beschluß außerhalb des Hauses die Täuschung hervor, als wenn man das, was gefirchtet und abgesetzt wird, wenn nicht für den Augenblick, so doch für die Zukunft wirklich erspart werden sollte, und ich glaube, eine solche Illusion würde entweder später eine Enttäuschung hervorrufen, welche der Autorität dieses Hauses schweren Schaden bereiten würde, — oder sie würde weiter und weiter zu Schritten treiben, welche einen immer schwereren Bruch unvermeidlich machten.“

Die Staats-Regierung hielt ihrerseits an den bei Eröffnung der Diskussion aufgestellten Grundsätzen im Allgemeinen fest, ließ jedoch in Verfolg der schon dort angedeuteten Bereitwilligkeit zu weiterer Verständigung auf dem legislativen Gebiet auch ferner deutlich erkennen, daß sie eine Berücksichtigung der sachlichen und principiellen Bedenken, da wo dieselben eine thatsächliche Bedeutung erhalten können, nämlich bei der Feststellung des Budgets für 1863, nicht von der Hand weise.

Der Herr Kriegsminister erklärte schon in seiner ersten Rede: „Will die Regierung ihr Budget pro 1863 durchbringen, so finde ich es ganz begreiflich, daß die Herren sagen: erst das Gesetz, erst nähere Kenntniß von den Intentionen der Regierung, dann wollen wir uns darüber entscheiden, ob wir dies Budget pro 1863 annehmen können oder nicht.“ (Der stenographische Bericht erwähnt dabei: „Bewegung in der Versammlung.“)

„Aber“, fuhr Herr v. Noon fort, „es handelt sich bei dem Budget pro 1862 um etwas ganz Anderes, es handelt sich um Bewilligung eines Budgets, das in gutem Glauben aufgestellt und in gutem Glauben vorausgibt ist bis auf einen Rest, der alle Reductionen ausschließt. Insofern Sie der Regierung die Bewilligung versagen wollen, wenn sie dieses Votum durchaus abgeben wollen, so tritt nach meiner festen Ueberzeugung an Sie Alle die Frage heran: Leisten wir dem Lande damit einen Dienst?

Erfüllen wir damit unsere Pflichten gegen das Land?“

Er entschied die Regierung an ihrem guten Recht in der Behandlung des Budgets für 1862 festhielt, so sehr zeigte sie sich im Laufe der Verhandlungen immer mehr bereit, die weitere definitive Regelung der Organisationsfragen bei Gelegenheit des Budgets für 1863 im Entgegenkommen gegen die Wünsche des Hauses in nochmalige Erwägung zu nehmen. Wenn bei'm Etat für 1862 wesentliche Veränderungen und Verstärkungen nicht mehr thunlich waren, so wollte doch auch hierbei die Regierung nochmals ihren Wunsch zur Verständigung und namentlich zur Anbahnung einer solchen für die weiteren Stadien der Berathung bekunden.

Es schien, als wären die überzeugenden Hinweisen der erwähnten Redner auf die praktische Unzuträglichkeit und die bedenklichen Folgen der beabsichtigten Beschlüsse nicht ohne Wirkung auf einen Theil der Mehrheit geblieben. Der Finanzminister v. d. Heydt hatte seinerseits dringend gemahnt, nicht Umstände herbeizuführen „unter denen etwas geschehen müsse, was nicht ausdrücklich in der Verfassung geschrieben sei.“ Eine Anzahl von Abgeordneten der Minorität, namentlich von der alt-liberalen Partei, setzten allen ihren Einfluß daran, den Eintritt solcher Eventualitäten zu verhindern, und gaben sich der Hoffnung hin, daß ein neuer Beweis des Entgegenkommens der Regierung in diesem Stadium einen Theil der bisherigen Majorität zum Aufgeben der bisherigen schroffen Stellung bestimmen würde. Hieraus entstand die viel besprochene „Episode“ vom 17. September.

Der Abgeordnete v. Vinde nahm einen (früher Stavenhagenschen) Vorschlag wieder auf, welcher dahin ging:

vorbehaltlich der im Etat für 1863 vorzunehmenden Reductionen, welche sich bei der seit 1860 provisorisch bestehenden Formation der Armee im Einzelnen und namentlich durch Beschränkung in der Dienstzeit als ausführbar ergeben, — für das Jahr 1862 die im Berichte der Budget-Kommission als „Kosten in Veranlassung der Reorganisation“ ausgedachten Ausgaben — mit Ausnahme einer Reihe (näher spezifizirter, noch für 1862 abzulegender Ausgaben, in Summa 223,435 Thlr. — als Extraordinarium zur ferneren provisorischen Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Armeeorganisation zu genehmigen.

In Folge dieses Vorschlages erklärte der Herr Kriegs-Minister Folgendes:

„Meine Herren! Es ist der Regierung vorgehalten worden, daß es ihr an Entgegenkommen fehle in Bezug auf die vorliegende Frage. Man ist so weit gegangen, zu meinen, die Regierung suche den Konflikt. Um den Beweis zu geben, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, habe ich die Ermächtigung und damit den Auftrag erhalten, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß die Regierung das Amendement, das gegenwärtig von Herrn v. Vinde wieder aufgenommen ist, für 1862, in Beziehung auf das Resultat für annehmbar hält, wiewohl es ihr außerordentlich schwer wird, die in diesem Amendement bezeichneten Reductionen in dem Etat, der bereits zum großen Theil konsumirt ist, noch auszubringen. Namentlich wird es ihr schwer werden, an denjenigen Stellen, welche das Amendement ausdrücklich bezeichnet, diese Reductionen vorzunehmen; aber jedenfalls wird das hohe Haus sich überzeugen, daß die Regierung mit dieser Bereitwilligkeit dokumentirt, daß sie keinesfalls auf ein Konflikt spekulirt. Nun ist ja in diesem Amendement, wenn ich es richtig verstehe, ein Vorbehalt gemacht worden in Bezug auf den Etat von 1863, und ein weiteres Amendement der Herren Stavenhagen, v. Sybel, Schubert und Twesten für den Etat pro 1863 liegt gleichfalls bereits vor, wiewohl dieser Etat selbst gegenwärtig noch nicht zur Diskussion gestellt ist. Ich bin mir darüber gar nicht unklar, daß das Amendement für das Jahr 1863 eigentlich den Kern der Frage berührt. Ich glaube, daß es sich empfehlen wird, späterhin über die Stellung der Regierung zu diesem Amendement eine bestimmtere Erklärung abzugeben. Ich meine aber schon gegenwärtig mich beziehen zu können auf meine vorgestrige Erklärung,

welche ausdrücklich darzuthun suchte, daß, selbst wenn die Regierung auf eine weitere faktische Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie doch Bedenken tragen müßte, dies in der Weise zu thun, wie das in den Kommissions-Berathungen und in dem Amendement der Herren Stavenhagen u. s. w. ausgedrückt ist. Ich glaube, daß so mancherlei technische Erwägungen in medio sind, daß selbst für diesen Fall sehr gründlich und ernstlich an Compensationen gedacht werden müßte, welche unerlässlich sein werden, wenn die Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung und mit Rücksicht auf die Stimmung in diesem Hause selbst zu einem Schritte sich entschließen. Ich muß mir also meine Erklärungen in dieser Beziehung vorbehalten. Ich glaube, meine heutige Auslassung wird darthun, daß die königliche Staats-Regierung überhaupt keinesweges auf das spekulirt, was man einen Konflikt nennt, sondern daß die Regierung vielmehr das Bedürfnis fühlt, eine Einigung über die obschwebende Frage herbeizuführen."

In dieser Erklärung war das Maaß dessen, wodurch die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur weiteren Verständigung in jenem Stadium zu bekunden im Stande war, bestimmt angegeben. Die Reduktion der Ausgaben für 1862 wurde mit dem ausdrücklichen Vorbehalte acceptirt, daß die Regierung sich dabei nur an die Gesamtsumme halten könne, — indem ferner in Bezug auf die Organisation selbst weitere Erwägungen bei Verathung des Budgets in Aussicht genommen wurden, verhehlte der Herr Minister keinesweges, daß die Regierung, wenn sie auf eine weitere faktische Verkürzung der Dienstzeit eventuell einzugehen vermöchte, dies doch nicht unter den von den Urhebern des Amendements vorausgesetzten Modalitäten der Fall sein könne. Ungeachtet dieser ausdrücklichen und sehr bestimmten Vorbehalte machte die Erklärung der Regierung doch einen so tiefen Eindruck im Hause, daß die Aussetzung der Verhandlungen Behufs nochmaliger Verathung in der Kommission beschlossen wurde. Offenbar war das Bedürfnis nach Einigung, welches die Regierung ihrerseits ausgesprochen, einen Augenblick auch im Hause so mächtig, daß das sofort (durch das Organ des Herrn von Hennig) hervortretende Bestreben der Fortschrittspartei, diesen Eindruck niederzuhalten, fürerst erfolglos blieb.

In der Budget-Kommission aber gelang es sehr bald, den Keim einer verständlichen Stimmung wieder zu unterbrücken: indem man, anknüpfend an die Aeußerungen des Ministers, den Versuch machte, sofort positive Zugeständnisse in Betreff des Inhalts des künftigen Gesetzes zu erhalten, die er zu geben nicht im Stande war, Zugeständnisse in Betreff der prinzipiellen Erledigung der Militairfrage, deren Gewährung nach Lage der Umstände und nach den entschiedensten Erklärungen der Regierung in jenem Augenblicke nicht erfolgen konnte, drängte man den Minister zu einer weiteren Erklärung, die zwar Nichts von dem Inhalt der ersten Erklärung zurücknahm, aber die Regierung gegen weiter gehende Forderungen bestimmt verwahrte.

Dem ersten anscheinend freundigen Eindrucke folgte nun eine angelegliche „Enttäuschung“, obwohl die Regierung das Maaß dessen, was sie thatsächlich zuzugestehen im Stande und entschlossen war, bereits in der Erklärung vom 17. Mar. bezeichnet, und davon, wie gesagt, Nichts zurückgenommen hatte.

Die Kommission erklärte, daß sie einen Grund zur Unterbrechung der weiteren Verathungen nicht erkenne, und das Haus setzte dieselben in der Weise fort, daß die gesammten Reorganisations-Ausgaben gekürzt wurden, und daß daher ein Budget beschlossen ward, welches nach der Ueberzeugung der Majorität selbst gar nicht ausgeführt werden kann und von welchem ein Redner der Fortschrittspartei gesagt, daß „man es gar nicht ausgeführt haben will“.

Wir werden sehen, wie dieser Beschluß nach der Vorherfassung desselben Abgeordneten „weiter und weiter zu Schritten trieb, welche einen immer schwereren Bruch unvermeidlich machten.“

(Schluß folgt.)

## National-Fonds.

Freisch auf, mein Volk! Des Königs Worte strahlen Als Flammenzeichen durch die trübe Nacht; Des Königs Worte rufen Dich zur Nacht Bei unsers Vaterlands geweihten Malen.

Da liegt ein Schatz, nicht mit des Geldes Zeichen, Ein Fonds, zu Silberzins nicht angelegt: Ein Schatz, in Tropfen Blutes ausgeprägt Durch unsere Geschichte ohne Gleichen!

Wenn Antreu sich mit lägenhaften Ehren Betäubet gegen des Gewissens Spruch; Wenn der Verrath dem allgemeinen Glück Mit wildem Jubelrufe glaubt zu wehren;

Wenn, um den Hader grimmig zu vererben, Parteien-Blindheit bietet Sündenlohn, Und bietet ihn im Namen der Nation, Die sie entgegen drängt dem Verderben:

Freisch auf, mein Volk! Es gilt für alle Zeiten, Zu steuern jetzt dem frechen Lügegeist, Der Dich auf trügerische Ziele weist, — Jetzt ist die Zeit, mit Mannesmuth zu streiten!

Die Lieb' und Treu', der Sinn für Preußens Ehre, — Der Opfermuth, den Du bekannt am Thron, — Das ist der wahre Fonds der Nation, Für diesen Schatz, mein Volk, setz' Dich zur Wehre!

Den Schatz beschließ von Neuem treuen Händen, — Des Königs Hoffnung Preußens Volke an. Freisch auf, mein Volk! Und Deine Pflicht gethan, — So wird auch Gott Dein Loos zum Guten wenden!

## Ämtliche Verfügungen. Bekanntmachung.

In unserer Bekanntmachung vom 21sten März d. J. (Staats-Anzeiger No. 71., 96. und 94.) sind die Schuldverschreibungen der Staats-Anleihen de 1850 und 1852, welche bis zum 30. April c. nicht zur Convertirung eingereicht wurden, zum 1. Oktober d. J. gekündigt und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag vom 15. September c. an bei der Kontrolle der Staats-Papiere hier selbst, oder einer der königlichen Regierungs-Haupt-Kassen in Empfang zu nehmen. Unsere Bekanntmachung vom 3. September d. J. (Staats-Anzeiger No. 206.) betrifft dieselbe Angelegenheit.

Obgleich wir für die möglichste Verbreitung dieser Bekanntmachungen durch die Zeitungen, die Ämter- und die Kreisblätter Sorge getragen und in der erstgedachten Bekanntmachung Pol. 7 ausdrücklich bemerkt haben, daß mit dem 1. Oktober d. J. die Verzinsung solcher nicht convertirten Schuldverschreibungen aufhört, ist dennoch ein nicht unerheblicher Theil der Legteren Behufs des Empfanges des Kapital-Betrages bis jetzt nicht eingereicht. Wir bringen deshalb jene Bekanntmachungen hiermit in Erinnerung.

Berlin, den 1. November 1862.  
Haupt-Verwaltung der Staats-schulden.

## Polizei-Verordnungen.

Die für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirks erlassene, noch jetzt in Gültigkeit stehende Polizei-Verordnung vom 6. April 1852 — Amtsblatt pro 1852 Seite 97. — das Kollektenwesen betreffend, bestimmt bei Vermeidung einer Geldbuße von 1 bis 10 Thln. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe, daß alle Kollekten, mit Ausnahme solcher, welche in Privat-Zirkeln veranstaltet werden, der polizeilichen Genehmigung, welche in den Städten der Ortspolizei-Behörde, auf dem Lande dem Landrathe zusteht, bedürfen; eine gleiche Genehmigung auch zu jeder öffentlichen Aufforderung zu milden Beiträgen erforderlich ist. Hiernach begehrt zwar schon derjenige eine strafbare Handlung, welcher ohne Genehmigung die Sammlung von Beiträgen öffentlich bekannt macht; zur Begegnung aller Zweifel wird jedoch auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesessammlung pro 1850 Seite 265) für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirks noch ausdrücklich deklaratorisch festgesetzt: Auch derjenige wird mit einer Geldbuße von 1 bis 10 Thln. oder verhältnismäßiger Gefängniß-Strafe belegt, welcher ohne polizeiliche Genehmigung die Sammlung von dergleichen Beiträgen anzeigt oder öffentlich bekannt macht.

Danzig, den 7. November 1862.  
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Die durch unser Amtsblatt pro 1843 No. 28. Seite 106 unterm 27. Juni 1843 publicirten Vorschriften des Rescripts des Königl. Ministerii des Innern vom 12. Juni 1843 über die Behandlung und Aufbewahrung des

sogenannten Maschinen-Auspuges, haben sich zum Schutze gegen Feuergefährdung in Wollspinnereien insofern als unzureichend erwiesen, als dieselben sich lediglich auf den Maschinen-Auspug beziehen und nicht auch Vorsichtsmaßregeln gegen die Selbstentzündung anderer, unter diesem Ausdrucke nicht mitbegriffener Wollabgänge enthalten. Da aber auch diese letztern, nenngleich in geringerem Grade, feuergefährlich sind und Fälle ihrer Selbstentzündung sich zugetragen haben, so wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesessammlung Seite 265) hierdurch für den diesseitigen Verwaltungsbezirk bestimmt, daß keinerlei sonstige Wollabgänge, ungefettete so wenig als gefettete in den Arbeitsräumen der Wollspinnereien, und zwar weder freiliegend noch in Säcken aufgehäuft werden dürfen, vielmehr alle diese Wollabgänge in feuersicheren Räumen aufbewahrt werden müssen.

Wer dieser Polizei-Verordnung entgegen handelt, wird mit einer Geldbuße von 1 bis 10 Thalern, im Unvermögensfalle aber mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

Danzig, den 6. November 1862.  
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

In Folge höherer Anordnung wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesessammlung Seite 265) hierdurch festgesetzt, daß Fuhrwerksführer, Reiter, Viehtreiber und Karrenschieber marschirenden Militair-Abtheilungen ausweichen und, falls kein Platz zum Vorbeipassiren vorhanden ist, anhalten müssen, bis die marschirende Abtheilung vorüber ist.

Wer dieser Polizei-Verordnung entgegen handelt, wird mit einer Geldbuße von zehn Silbergroschen bis zu drei Thalern, im Unvermögensfalle aber mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe bis zu vier Tagen bestraft.

Danzig, den 2. November 1862.  
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung.

Am 26. November c. von 9 Uhr ab im Zimmer No. 3. General-Auktion.  
Königliches Kreis-Gericht.

## Bekanntmachung.

Die Jahresrechnung von dem Gemeinde-gut der Neustadt pro 1861 ist zur Einsicht der resp. Corporationsmitglieder auf 8 Tage in dem Kalkulatur-Zimmer ausgelegt worden.  
Elbing, den 12. November 1862.  
Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Auf dem Kammerei-Baubohse wird eine Parthie altes Bauholz nebst einigem Espen- und Linden-Nußholz am  
Donnerstag den 20. d. Mts.,  
Vormittags 11 Uhr

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.  
Elbing, den 10. November 1862  
Die städtische Bau-Deputation.

## Bekanntmachung.

Ein der hiesigen Kammerei gehöriges, durch Feuer theilweise zerstörtes Bagger-Schiff, welches auf dem Bauplage des Herrn Schiffshauemeister Fichter lagert, wird an Ort und Stelle

Montag den 24. d. Mts. Vormittags 11 Uhr

öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Elbing, den 11. November 1862.

Die Bau-Deputation.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält Freitag, den 21. November c. Nachmittags 5 Uhr eine gewöhnliche öffentliche Sitzung.

## Tagesordnung:

1) Notalen-Beantwortung der Elisabeth-Hospitals-Rechnung pro 1861. 2) Wahl der Einschätzungs-Kommission zur Einkommensteuer und zur Gebäudesteuer, Kammerei- und Bau-Deputirten-Wahl. 3) Remunerationen und Unterstüßung. 4) Sieg über den Fleischergraben. 5) Pachtzest. 6) Bau-Gut pro 1863. 7) Betriebs-Bericht der Gasanstalt pro Oktober. 8) Einrichtung des Saales zum Kreisstage. 9) Einführung der neuen Magistratsmitglieder. 10) Entschädigung. 11) Kommunalsteuer-Reste. 12) Zuschlag zur Pacht des Schwinkmühlischen Grundstücks.

**Bekanntmachung.**

**Drahtzäune.**

Bei den geneigten Ebenen des Elbing-  
oberländischen Kanals sind einige Drahtseile  
nicht mehr für die erforderliche Sicherheit  
genügend und sollen daher verkauft werden.

Dieselben finden eine **vortrefliche**  
**Verwendung zu Drahtzäunen.** Die  
schwächsten Eilen, wie sie von den Seilen  
aufgedreht zur Anwendung kommen können,  
bestehen aus sieben Drähten, wiegen pro 100  
Fuß etwa 3½ Pfd. und mißt die Stärke des  
feinsten Seils etwa ¼ Zoll im Durchmesser.

Zum öffentlichen Verkaufe dieser alten  
Drahtseile habe ich einen Termin auf  
**Donnerstag den 18. Dezember c.**

**Vormittags 11 Uhr**

im Krüge zu **Hirschfeld** angesetzt.

Die Seile liegen an den geneigten Ebe-  
nen von **Schönfeld** und **Hirschfeld**, sind  
mit unverrückbaren Nummern versehen und  
können vorher in Augenschein genommen  
werden.

**Soelp**, den 13. November 1862.

Der Königliche Baurath.

**Bekanntmachung.**

Auf der im Bau begriffenen Kreis-Chaus-  
see von **Neidenburg** auf **Passenheim**  
sollen im Laufe des Jahres 1863 folgende  
Steinsetzungen ausgeführt und in öffentli-  
cher Licitation vergeben werden.

Die Umlegung resp. Neulegung des  
Steinpflasters in der Vorstadt von **Neiden-  
burg** und in den Dorfsstraßen von **Napiwoda**  
und **Moczisko** mit Einschluß der Lieferung  
der hierzu erforderlichen Materialien in einer  
Ausdehnung von circa

280 □ Ruthen, Kopfsteinpflaster,

280 □ Ruthen Rundsteinpflaster.

Zur Entgegennahme der Offerten habe  
ich einen Termin zum

**28 d. M. Vormittags 10 Uhr**

im Chausseebureau zu **Neidenburg** an-  
beraumt, zu welchem Unternehmer mit dem Be-  
merken eingeladen werden, daß sowohl Kosten-  
anschlag als Bedingungen der Ueberrahme  
im Termin zur Einsicht vorliegen werden.  
Der Termin wird um 12 Uhr Mittags ge-  
schlossen.

Unbekannte Mitbieter haben eine baare  
Caution von 300 Thalern im Termine zu  
erlegen.

**Neidenburg**, den 14. November 1862.

Der Vorführende.

v. Baczko.

Ein Nest vorjähriger **Wollmützen**,

**Chales** u. dgl. verkaufe, um damit zu  
räumen, zu sehr billigen Preisen.

**F. E. Bluhm.**

Wasserstraße No. 37.



**Forle-Piano's** jeder  
Art [von 50 bis 300 Thlr.] und  
**Physharmonica's**  
[von 55 Thlr. ab] empfiehlt **H.**

**Abs**, Fischerstr. 4, bei Opticus **Gilardoni**.

**Brust-Caramellen**  
**und Rettigsaft!**

gegen **Berscheimung**, **Brustleiden** und  
**Güsten** empfiehlt als sehr geeignete Lösungs-  
mittel **Adolph Kuss**

Eine neue Zusendung von  
**schönen türkischen Tafel-  
pflaumen**, **schlesischer Pflau-  
menfreide**, **rheinischen Wall-  
nüsse**, **ficil. Lambertsnüssen**,  
**Malaga-Citronen**, **Apfelst-  
nen**, **Feigen** und **Traubrosinen**  
wie auch **Schaalmandeln**  
erhielt und empfiehlt zu recht billigen Preisen

**A. Tochtermann.**

Schöne frisch geräucherte Gänsebrüste und  
Gänsekeulen sind zu verkaufen  
Znn. Georgendamm 1., im Dampfwagen.

**Ausverkauf!**

Ich habe einen großen Theil meines Lagers  
im Preise bedeutend herabgesetzt und mache  
darauf ergebenst aufmerksam.

**J. Unger,**

**Fischerstraße No. 2.**

**Weihnachts-Ausverkauf!**

Wie im vergangenen Jahr, so habe ich auch für das diesmalige Weihnachtsgeschäft  
eine Parthie Kleiderstoffe in **Wolle**, **Halbwolle** und **Halbseide** u. v. a. A. zum Aus-  
verkauf gestellt.

**F. Kagemann,**

Alter Markt No. 31.

**Aechte Savannah-, Bremer**  
**wie Hamburger Cigarren**  
in abgelagerter Waare empfiehlt

**Arnold Wolfeil.**

**Feinsten Caravanen-, Becco-,**  
**Melange- und Imperial-**  
**Thee**, wie feinste **Banille**  
empfiehlt

**Arnold Wolfeil.**

**Stearin-Kerzen**

billigst bei

**Arnold Wolfeil.**

**Feinsten Tisch-Beering,**  
in ¼- und ½-Gebinden, empfiehlt

**Arnold Wolfeil.**

**Feinsten Astrachaner**  
**Caviar**, **russ. Schooten-**  
**kerne**, **Magdeb Sauerkohl**,  
**teltower Rübchen**, **italien.**  
**Castanien**, **neue smyrn.**,  
**Malaga-Feigen**, **neue**  
**Traubenrosinen**, **Gothaer**  
**Cervelat-** u. **Trüffelleber-**  
**Wurst** empfing

**Herrmann Entz.**

Ein noch fast neuer **Stußflügel**  
ist bei **annehmbaren Bedingungen** zu  
verkauften **Königsbergerstraße No. 13.**

Ein gut erhaltener **Schuppenpelz** ist zu  
verkauften **Brandenburgerstr. No. 2, parterre.**

**Diverse Papp- und Holzschachteln**  
**sehr billig** **Alter Markt No. 34.**

Ein **Ofen** ist zu verkaufen  
**Außenen Mühlenstamm No. 34.**

**Packfässer**, **Fenstertritte** und **Meerschwein-**  
**chen** sind zu haben  
**Heilige Geiststraße No. 51.**

**Bestellungen**  
auf

**trockenen hannoverschen**

**Preß-Tor**  
die vier-spännige Fuhr a 6 Thlr.  
nimmt entgegen

**Adolph Kuss.**

Auf Verlangen werden **Probe-Fuhren**  
geleistet, und werden dieselben, nicht conveni-  
renden Falls, wieder zurückgenommen.

Eine kleine Quantität **Futterrüben** und  
dito **Futterkartoffeln** sind zu verkaufen  
**Große Ziegelscheimstraße No. 3.**

9 elegante **Reit- u. Wagen-**  
**Pferde** stehen zum Verkauf und  
Tausch

**Inneren Vorberg No. 10,**  
bei dem Gastwirth Herrn **Neufeld.**

Fünf junge wollreiche **Schaaflöcke**  
zur Zucht (**Megretti**) sind zu verkaufen in  
**Grumau** (Höhe) bei **H. Sulkau.**

Zwei fette **Schweine** sind zu  
verkauften.  
**Heil. Leichnamstraße No. 75.**

Ein am Vorberge belegenes Grundstüd,  
best. aus Wohnhaus, Schauer, Hofraum u. H.  
Garten ist zu verkauf. Näheres bei **H. Walter.**

Ich werde, durch Gesundheits-Rücksichten  
bestimmt, mein Grundstüd äußeren Mühlen-  
damm No. 59. zum Verkauf zu stellen. Es  
besteht aus einem Wohnhause mit 6 Wohn-  
zimmern, den nöthigen Stallungen und einem  
wohleingerichteten Obst- und Gemüse-Garten  
(ca. ½ Morg. groß). — Bis 1000 Thaler  
können darauf stehen bleiben. **Neumann.**

Ein vor drei Jahren neu erbautes 3-stöck-  
iges Wohnhaus, sehr gut gelegen, ist billig zu  
verkauften. Das Nähere darüber zu erfahren  
bei **Pfeiler, Maurermeister.**

Zum 1. Dezember cr.  
ist ein möblirt. Zimmer nebst Kabinet, parterre,  
zu vermieten kurze **Hinterstraße No. 9.**

**Fischerstraße No. 29.** ist eine Wohnge-  
legenheit mit allem Zubehör zu vermieten  
und sogleich zu beziehen.

Ein Lehrling für's Materialgeschäft kann  
sodort oder auch vom 1. Januar 1863 bei  
Herrn **Herrmann Krebs** in **Brauns-  
berg** eintreten. Nähere Auskunft bei  
**A. Tochtermann** in **Elbing.**

Ein Bursche kann sogleich in die Lehre  
treten bei **H. Baader**,  
**Schneider-Meister.**

Eine Schänkerin nach auswärts wird  
gesucht. Zu melden: **Mittwoch den 19. Nach-  
mittag, Hospitalsstraße No. 4.**

**Tüchtige Köchinnen**, sowohl auf das Land,  
als in die Stadt, empfiehlt  
**Golz, Gefindevermieterin, Burgstr. No. 8.**

Ein Ladenlokal nebst 3 Zimmern  
wird zu mieten gesucht. Offerten werden er-  
beten unter der Adresse **L. S.** in der Expedi-  
tion dieses Blattes abzugeben.

Ein gold. Bouton mit schwarzer Emaille  
ist verloren worden. Der Finder erhält eine  
dem Werthe nach angemessene Belohnung.  
**E. Borishoff.**

Ein kleiner grau und schwarz gefleckter  
Wachtelhund, auf den Namen „**Ami**“ hörend,  
hat sich den 17. Abends verlaufen. Wieder-  
bringer erhält eine gute Belohnung.  
**Wasserstraße No. 60.**

Ein großer schwarzer Hund hat sich ein-  
gefunden und kann gegen die Kosten Große  
Vorbergstraße No. 17. abgeholt werden.

Gedruckt und verlegt von  
**Agathon Bernich** in **Elbing.**  
Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber  
**Agathon Bernich** in **Elbing.**